

- Es gilt das gesprochene Wort -

Rede des Landtagspräsidenten am 27. Januar 2012 in Sachsenhausen

Anrede,

ich grüße alle Überlebenden und Angehörigen der Opfer dieses Lagers und übermittle diese Grüße **im Namen aller Abgeordneten des Landtages Brandenburg.**

Seit Einführung dieses Gedenktages durch Proklamation des Bundespräsidenten Roman Herzog am 3. Januar 1996, versammeln wir uns **jährlich am 27. Januar** an diesem Ort, an dem unfassbare Verbrechen der Nationalsozialisten an wehrlosen Menschen verübt worden sind.

Dieser **Ort grausamer Verbrechen** im KZ Sachsenhausen nahm seit 1938 im System der nationalsozialistischen Konzentrationslager eine Sonderstellung ein.

Das Modell- und Schulungslager in der Nähe der Hauptstadt Berlin wurde zu der Verwaltungszentrale für alle Konzentrationslager im deutschen Machtbereich.

Zwischen 1936 und 1945 waren hier mehr als **200 000 Menschen aus 40 Nationen** inhaftiert: Politische Gegner des Regimes, Angehörige der von den Nationalsozialisten als rassistisch oder biologisch minderwertig erklärten Gruppen, ab 1939 auch Bürger der besetzten Staaten Europas.

Es ist besonders verdienstvoll, dass wir im Rahmen des Gedenkens an alle Opfer des Nationalsozialismus, uns in jedem Jahr den Umfang des Grauens anhand des Schicksals **bestimmter Opfergruppen** verdeutlichen. In diesem Jahr sind es **250 jüdische Opfer**, die am 28. und 29. Mai 1942 hier von der SS ermordet worden sind.

Über das, was die Nationalsozialisten als Anlass für die Ermordungen nahmen und über das Vorgehen der Mörder haben wir gerade einiges erfahren.

Mit diesem Gedenken halten wir die **Erinnerung an die Geschichte** wach und verneigen uns vor allen Opfern des menschenverachtenden Nationalsozialismus.

Es geht nicht nur um Schulbekenntnisse, es geht darum, Lehren aus der Geschichte zu ziehen, damit sie sich nicht wiederholt. Es geht nicht um die Verantwortung, die wir alle tragen.

Verantwortung auch für die **politische Bildung** unserer jungen Menschen. Denn letztlich geht es darum, die Lehren aus der Geschichte auch umzusetzen und die Anfänge von Rassismus und Totalitarismus zu erkennen.

Ein wichtiges Stück Bildungsarbeit leistet hier die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten im Rahmen der Projektarbeit mit **Schülergruppen**.

Anrede,

wie aktuell meine Forderung ist, zeigt die rechtsterroristische Mordserie, von der wir erst kürzlich Kenntnis erhalten haben und die ganz Deutschland erschüttert hat.

Der Landtag Brandenburg hat in seiner Sitzung am 14. Dezember um zehn Menschen getrauert, die **Opfer abstoßender Verbrechen** einer mutmaßlichen terroristischen Vereinigung von Rechtsextremisten geworden sind.

Das so etwas **in unserer demokratischen Gesellschaft** geschehen kann, **mahnt uns** zum Handeln. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus darf nicht den dafür zuständigen staatlichen Stellen überlassen sein, sondern es muss auch die **Zivilgesellschaft aktiviert** werden.

Denn staatliche Aktivitäten können nur dann Erfolg haben, wenn der Bevölkerung die Einsicht vermittelt wird, dass **die Ideologie der Rechtsextremisten** vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Massenmorde einen **Angriff auf die demokratischen Grundlagen** unseres Zusammenlebens in Deutschland und der Europäischen Union darstellt.

Der **Rechtsextremismus leugnet die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen** und damit die Grundlage jeden zivilisierten Zusammenlebens auf dieser Erde, wonach jeder die Rechte des anderen wie die eigenen zu achten hat.

Seit 1997 bemühen wir uns **in Brandenburg** um den Aufbau einer Zivilgesellschaft gegen den Rechtsextremismus und seit 1998 werden durch

das Handlungskonzept **Tolerantes Brandenburg** Aktivitäten des Staates und der Zivilgesellschaft koordiniert.

Wir haben landesweit durch friedliche Aktionen gezeigt, dass Rechtsextreme und ihre menschenverachtende Ideologie in unserem Land **nichts zu suchen haben**.

Die **Pflege der Erinnerung** an das, was der Rechtsextremismus im vergangenen Jahrhundert in Deutschland angerichtet hat, ist ein zentraler Punkt der Erinnerungskultur. Darüber legen insbesondere die Stätten des NS-Terrors in **Ravensbrück, Sachsenhausen und Brandenburg an der Havel** Zeugnis ab.

Die Pflege der Erinnerungskultur sollten wir nicht als historische Last, sondern als große Chance begreifen. Unserer **Jugend** muss vermittelt werden, wozu es führen kann, wenn die **Gleichwertigkeit aller Menschen in Frage gestellt wird**.

Verneigen wir uns nun vor den Opfern.

(Kranzniederlegung)